

Positionspapier

Bildung

genehmigt

an der Generalversammlung vom 7. November 2006

Inhalt

Zusammenfassung:	2
1. Einleitung – Ziele von Bildung und Erziehung	3
2. Sozialisation und Disziplinarprobleme	3
3. Inhalte des Lernens	5
4. Fördern und Fordern	5
5. Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen	6
6. Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler	7
7. Sicherung der Schulqualität	8
8. Aufgaben der Schule	9
9. Finanzierung	10
10. Nachobligatorische Bildung und Hochschulbildung	11

Zusammenfassung:

- Unsere Schule soll ein **ausgewogenes Fächerangebot** anbieten in den drei Hauptbereichen Mathematisch-naturwissenschaftlich, Handwerklich-musisch und Sprachlich-historisch. Insbesondere den Kernfächern Mathematik und Deutsch muss mehr Beachtung geschenkt werden.
- Die Schule soll neben dem Fördern auch wieder mehr fordern. Neben der Förderung von Leistungsschwächeren ist vermehrt in die **Förderung der Leistungsstarken**, die zukünftigen Leistungsträger, zu investieren.
- Unter **Chancengerechtigkeit** verstehen wir, dass jedes Kind möglichst gleich viel Förderung, die gleiche Aufmerksamkeit, die gleichen Chancen und Möglichkeiten der Unterstützung erhält. Chancengerechtigkeit bedeutet nicht, mit massivem Mitteleinsatz zu versuchen, alle Kinder auf denselben Stand zu bringen.
- Die Möglichkeiten, die die **neuen Medien** für den Unterricht bieten, werden noch zu wenig ausgeschöpft. Sie sollen den Unterricht ergänzen und bereichern, jedoch nicht die Lehrkraft ersetzen.
- Die Schule ist mit **modernen Qualitätssicherungsinstrumenten** auszurüsten. An erster Stelle stehen fähige Lehrpersonen mit einer hohen Eigenverantwortung. Die Überprüfung von Mindeststandards, regelmässige Feedbacks aller Beteiligten und eine Abschlussprüfung am Ende der obligatorischen Schulzeit stellen die Erreichung hoher Ziele sicher.
- Unsere Schule soll, vor allem auf den unteren Stufen, die Wichtigkeit der Beziehung zwischen Lehrperson und Schüler achten, die für ein erfolgreiches Lernen unabdingbar ist. Die Schule braucht **starke Klassenlehrpersonen** mit Berufung, die ihren Schülern Begleiter und Vorbild sind.
- Disziplinproblemen ist mit **mehr erzieherischer Konsequenz** zu begegnen, sowohl von Seiten der Lehrpersonen, wie auch von Fachpersonen und Eltern. Sozialkompetenz und eine **gute Arbeitshaltung** sind ab Schulbeginn aktiv zu fördern und einzufordern. Dazu ist der **Bezug von Schülerinnen und Schülern zur Praxis** und zur Arbeitswelt zu fördern. Eine Lockerung des generellen Arbeitsverbotes ab 12 Jahren ist zu prüfen.
- **Fremdsprachige Kinder** sind ab Kindergartenalter in der Deutschen Sprache zu unterrichten und die Eltern in den Integrationsprozess einzubinden. Im Jugendalter ist der schulische Schwerpunkt für Leistungsschwächere auf die für die Erlangung der Berufsfähigkeit wichtigen Kompetenzen Deutsch in Wort und Schrift, eine gute Arbeitshaltung und handwerkliche Fertigkeiten zu legen.
- Bei der Bildung darf nicht in den Kernbereichen gespart werden. Gestoppt werden muss aber der massive Ausgabenzuwachs der letzten Jahre. Ziel ist die **Entwicklung der Volksschule mit den bestehenden Mitteln**. Mit funktionierenden Konzepten zur Integration fremdsprachiger Kinder und zum Umgang mit disziplinarischen Problemen, wie in den Kapiteln 1,4 und 5 beschrieben, und mit der Konzentration auf die Kernaufgaben der Schule, ist dies möglich.
- Auf **Hochschulstufe** ist die **Durchlässigkeit zu erhöhen**, insbesondere zwischen Fachhochschulen und Universitäten. Zur Qualitätssicherung sind, neben anerkannten Abschlüssen, **Aufnahmeprüfungen oder ein Assessment-jahr** notwendig.
- Zur Finanzierung des Studiums soll die Möglichkeit von zinslosen staatlichen Darlehen geschaffen werden. Für Langzeitstudierende sind die Studiengebühren zu erhöhen.

1. Einleitung – Ziele von Bildung und Erziehung

Die Schweiz ist auf eine nachrückende Generation angewiesen, die kreativ, innovationsbereit und offen ist, Neues zu denken und neue Wege zu gehen. Auf der anderen Seite muss diese Generation auch einen guten Realitätssinn bewahren, um das Neue umsetzen zu können. Sie muss über Durchhaltewillen verfügen, um den langen Weg von der Idee bis zum fertigen, brauchbaren Produkt zu gehen. Weiter gehören dazu eine gute Arbeitshaltung, Teamfähigkeit und die Fähigkeit zur Reflexion der eigenen Handlungen und zu vernetztem Denken. Als Bürger müssen die Menschen mit immer komplexeren Situationen umgehen und sich in einer multikulturellen Gesellschaft mit einer Vielzahl von Lebens- und Familienformen zurecht finden und zu Hause fühlen können. Sie müssen im direktdemokratischen System komplexe Sachverhalte analysieren und verantwortungsbewusst entscheiden können. Auf all dies muss die Schule vorbereiten.

Bildung und Erziehung im Umbruch

In der Industriegesellschaft bis zirka Mitte des 20. Jahrhunderts war das primäre Bildungsziel die Ausbildung zum Arbeiter. Folgerichtig mussten die Schüler lernen, Arbeiten möglichst präzise und in gleich bleibend hoher Qualität auszuführen. Ausdauer und die mechanistische Ausführung von Anweisungen standen dabei im Vordergrund. Im gesellschaftlichen Bereich brauchte der Mensch der Industriegesellschaft Wissen und soziale Kompetenz, um sich im täglichen Leben und im Umgang mit Ämtern zurechtzufinden und sich in eine Gruppe einzuordnen.

Die heutige Wissensgesellschaft hat radikal andere Bildungsziele. Gefragt sind heute selbständiges Denken (an Stelle von kritikloser Übernahme bestehender Konzepte), Kreativität und Nonkonformismus (ergänzend zu präziser Ausführung), Selbstbewusstsein und Durchsetzungsfähigkeit (ergänzend zu Einordnung). Diese «neuen» Kompetenzen werden heute konsequent gefördert.

Dabei wird aber immer deutlicher, dass die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorgenommene radikale Kursänderung der Schule nicht zum erhofften Ziel führen kann: Heute gibt es viele kreative junge Menschen mit fantastischen Ideen, denen es jedoch oft am notwendigen Biss und Durchhaltewillen fehlt, um ihre Ideen auch umzusetzen. Die heutigen Jugendlichen können Wünsche und Kritik zwar mit gesundem Selbstbewusstsein vortragen, haben aber Mühe, Wünsche und Kritik der anderen zu akzeptieren. Als Mitglied unserer Gesellschaft, in der sie keine Einzelkämpfer, sondern Teamplayer sind, müssen sie so zwangsläufig scheitern.

Wir plädieren für einen Mittelweg in Bildung und Erziehung, der die beiden Extreme – den unkritischen, unterwürfigen Arbeitnehmer der Industriegesellschaft und den kreativen Chaoten der Wissensgesellschaft – nicht zur Norm werden lässt. Um in der Arbeitswelt und im Privaten bestehen zu können, müssen Kreativität und ein starkes Ich nach unserer Meinung gepaart sein mit Teamfähigkeit und einer guten Arbeitshaltung.

Integration und Chancengerechtigkeit

Die Chancengerechtigkeit muss für Schülerinnen und Schüler aus allen sozialen Schichten gewahrt bleiben. Schwächere Schüler sollen mit zusätzlichen Massnahmen eine Chance erhalten, zusätzlich müssen die zukünftigen Leistungsträger in ihren Stärken gefördert werden. Bedenkt man weiter, dass die Schweizer Schulen gleichzeitig einen international einmalig hohen Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Kulturen zu integrieren haben, wird klar, dass Bildung heute eine Aufgabe ist, die höchste Ansprüche an alle Beteiligten stellt: An Schülerinnen und Schüler genauso wie an Lehrpersonen, Schulbehörden und Familien.

2. Sozialisation und Disziplinarprobleme

Begriffserklärung:

Sonderpädagogische Massnahmen: Darunter versteht man alle Massnahmen, die ergriffen werden, um ein Kind zu unterstützen, das in der Schule und im Unterricht Probleme hat. Diese können aus einzelnen Stütz-, Förder- oder Therapiestunden bestehen bis hin zu ganztägigen Sonderschulen und Heimen.

Eines der grössten aktuellen Probleme an den Schulen ist die mangelnde Disziplin, auch Erziehungsnotstand genannt. Die Folgen belasten die Schule stark: Immer mehr Kinder treten in Kindergarten und Schule ein, die nacherzogen werden müssen und „Selbstverständliches“ nicht beherrschen. Verhaltensauffällige Schüler und Schülerinnen bringen gan-

ze Schulklassen durcheinander. Die gestiegene Arbeitsbelastung der Lehrpersonen ist, neben den zahlreichen Reformprojekten, in erster Linie auf erzieherische Probleme zurückzuführen.

Erzieherische Unterstützung statt Therapien

Das Angebot an sonderpädagogischen Massnahmen ist zu stark ausgebaut worden: Beanspruchten 1996 noch 44% aller Schülerinnen und Schüler solche Massnahmen, waren es im Jahr 2004 bereits 60%. Betroffen davon sind zudem mehr Jungen als Mädchen. Als Ursachen für die starke Zunahme sonderpädagogischer Massnahmen sehen wir hauptsächlich Disziplinarprobleme, sprachliche Rückstände und überhöhte Ansprüche. Für eine Verbesserung der Situation müssen in erster Linie die kostenintensiven Massnahmen, die auf Disziplinarprobleme zurückzuführen sind, zu Gunsten von mehr erzieherischer Unterstützung reduziert werden. Dies bedingt mehr Personal, beziehungsweise kleinere Klassen im Kindergarten und in der Unterstufe. Auf den oberen Stufen sind dafür leicht höhere Klassenbestände möglich, wenn die Disziplinarprobleme vorgängig reduziert werden konnten.

Offene Diskussion über Regeln und Strafen

Worte wie «Regel» oder «Strafe» sind mancherorts ein Tabu. «Wer strafft, der hat erzieherisch versagt» ist ein weit verbreitetes Klischee. Für eine Objektivierung des Themas braucht es eine offene Diskussion: Wie viele Regeln sind notwendig, um ein konstruktives Lernklima zu ermöglichen? Wie viel Freiheit braucht der einzelne, damit er sich entfalten kann und die Offenheit für Neues und die Kreativität genügend Spielraum haben?

Praxisbezug

Kindern fehlt heute der Kontakt zur Arbeitswelt und damit ein Verstehen dafür, wozu sie lernen. Für die Lernmotivation sind Kontakte zur Arbeitswelt sinnvoll. Während früher die Kinderarbeit ein grosses Problem in den Fabriken war, besteht diese Gefahr heute nicht mehr. Es ist daher eine moderate Lockerung des vollständigen Arbeitsverbotes für Jugendliche unter 14 Jahren zu prüfen. Oberstufenschüler sollen die Möglichkeit erhalten, höchstens 100 Stunden im Jahr zu arbeiten.

Für Kinder, bei denen alle schulischen Möglichkeiten versagen, sind mehrwöchige Time-outs eine Auffang-Möglichkeit. Für diese Zeit soll eine Mischung von Schule und Arbeit angeboten werden. Während der Arbeitszeit sollen die Schülerinnen möglichst in einem Dienstleistungs- oder Produktionsbetrieb eine Beschäftigung erhalten.

Unser Standpunkt zu Disziplinarproblemen

- Eltern sind bei disziplinarischen Schwierigkeiten häufiger und früher zu informieren und mit einzubeziehen
- Im Kindergarten ist das Gewicht hauptsächlich auf die Sozialisation der Kinder zu legen. Die Lernziele für den Kindergarten müssen im sozialen, emotionalen und motorischen Bereich liegen. Darauf aufbauend können die Kulturtechniken Rechnen, Lesen und Schreiben erlernt werden.
- Die Klassengrössen im Kindergarten sollen reduziert werden bzw. es sollen dort mehr Lehrpersonen zur Verfügung stehen. Auf den oberen Stufen sind dafür leicht höhere Klassenbestände möglich.
- Therapeutische Massnahmen sind zu reduzieren zu Gunsten von erzieherischen Massnahmen.
- Lehrpersonen müssen in Ihrem Bemühen, die Disziplin in den Klassenzimmern aufrecht zu erhalten, konsequent unterstützt werden.
- In der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen soll das Thema Erziehung ein höheres Gewicht erhalten.
- Die Bewertung von sozialer Kompetenz und Arbeitshaltung sind wichtiger Teil der schulischen Bewertung.
- Es braucht Time-Out-Angebote für Jugendliche bereits ab 10 Jahren. Es sind Möglichkeiten zu prüfen, wie Jugendliche im Rahmen dieser Angebote in echten Betrieben Erfahrungen sammeln können.
- Das Jugendarbeitsverbot soll gelockert werden. Ab 12 Jahren sollen Jugendliche die Möglichkeit erhalten, kleinere Arbeiten für ein Taschengeld zu erledigen.
- Der bewährte Tochtertag soll auch für Knaben geöffnet werden. Kinder erhalten so Einblicke in die Berufswelt.

3. Inhalte des Lernens

Fremdsprachenunterricht und ausgewogenes Fächerangebot

Eine gute Schule zeichnet sich aus durch die Ausgewogenheit zwischen mathematisch-naturwissenschaftlichen, sprachlich-historischen und handwerklich-musischen Fächern. Pestalozzi forderte eine Bildung mit Kopf, Herz und Hand. Damit vermittelt die Schule ein breites Spektrum von Wissensinhalten und Tätigkeiten, legt den Boden für eine erfolgreiche Berufslaufbahn und gewährleistet die Lernchancen für alle Kinder.

Das Fächerangebot droht jedoch aus dem Gleichgewicht zu geraten: Handarbeit und Hauswirtschaft wurden bereits reduziert und die naturwissenschaftlichen Fächer geraten ins Hintertreffen durch den Druck des frühen Erlernens möglichst vieler Sprachen.

Neue Medien und die Informationsgesellschaft

Der Vorteil computerunterstützter Lernformen liegt nicht im Ersatz des Lehrers, sondern vor allem in den vielen Möglichkeiten von spielerischem, interaktivem Lernen. Sie können die Vielfalt des Unterrichts erweitern und den Spass am Lernen fördern. Erfahrungen mit neuen Medien sind jedoch kein Ersatz für Bewegung, Exkursionen und eigenes Entdecken. Das Klassenzimmer muss in der Volksschule als Ort der Gemeinschaft und der Sozialisation bestehen bleiben.

Für die Arbeit mit dem Internet ist eine hohe Sprachkompetenz Voraussetzung, ebenso die Fähigkeit, Informationen zu filtern und einzuschätzen. Daher ist ein gut fundiertes Sprachverständnis in der Erstsprache noch wichtiger geworden.

Bildung durch Beziehung

Eine motivierende und vertrauensvolle Beziehung ist wichtiger Bestandteil einer guten Bildung, insbesondere auf den unteren Stufen. Auf der Stufe von Primarschule und Kindergarten hat sich das Prinzip von ein oder zwei hauptverantwortlichen Lehrpersonen bewährt, die mindestens drei Viertel des Unterrichts abdecken. Bei zu vielen Bezugspersonen fehlt der notwendige Halt, was bestehende Lernschwierigkeiten verstärkt.

Umweltbildung

An den Schulen sind mit dem Vermitteln von Fakten und Zusammenhängen ökologische Themen zu behandeln, die für die Allgemeinbildung relevant sind.

Unser Standpunkt zu den Inhalten des Lernens

- Alle Klassenzimmer sollen spätestens in der Mittelstufe mit PCs ausgerüstet sein als Ergänzung und Erweiterung des Unterrichts.
 - Ein ausgewogenes Fächerangebot hat oberste Priorität. Wir lehnen Verschiebungen in Richtung einer sprach- und kopflastigeren Schule ab.
 - Der Lehrmittelverlag soll eine Offensive starten für qualitativ hoch stehende, benutzerfreundliche Lernsoftware. Im Printbereich soll der Verlag dem gegenüber mehr mit anderen Kantonen zusammenspannen.
 - Das Klassenlehrersystem hat sich bewährt und soll beibehalten werden. Das Fachlehrerprinzip lehnen wir für die Primarschule und für die schwächeren Stufen der Sekundarstufe, vor allem die Sek C, ab.
 - Es sollen wieder vermehrt sehr gute Kompetenzen in den Kernfächern Mathematik und Deutsch sichergestellt werden.
-

4. Fördern und Fordern

Während früher vor allem vorgegeben und gefordert wurde, setzen wir heute mehrheitlich auf Eigeninitiative. Es ist hier die richtige Mischung zu finden: Wie viel darf ich vorgeben, um die Eigeninitiative der Kinder nicht zu lähmen? Welche Anforderungen stelle ich, wie viel muss ich der Selbstverantwortung der Schülerinnen und Schüler überlassen?

Wir müssen hohe, aber realistische Anforderungen stellen, die den Bedürfnissen von Gesellschaft und Wirtschaft entsprechen. Eine klare Notengebung gibt sowohl den Schülern selbst wie auch Lehrpersonen und Lehrmeistern die Möglichkeit einer guten Einschätzung der vorhandenen Möglichkeiten und zu bearbeitenden Defizite.

Abschlusstests

Wer seine Lehrstelle gefunden hat, sieht manchmal keinen Grund mehr, sich noch anzustrengen (9. Schuljahr). Um das Problem des 9. Schuljahres zu lösen ist eine nochmalige Erhöhung des bereits intensiven Betreuungsaufwandes die falsche Strategie. Wir sehen als Lösung eine kantonsweit vorgegebene Schlussprüfung am Ende der dritten Sekundar-klasse, die das Lernen bis zum Ende des Schuljahres notwendig macht.

Die Zulassung zu den verschiedenen Profilen der Berufsschulen kann vom Prüfungsergebnis abhängig gemacht werden.

Unser Standpunkt zu Fördern und Fordern

- Die Leistungsbewertung mittels Noten hat sich bewährt und soll beibehalten werden. Eine Ergänzung durch erklärende Texte, die ein besseres Gesamtbild ergeben ist wünschenswert.
 - Die gestellten Anforderungen sollen hoch und realistisch sein.
 - Mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes soll der Lehrplan klarer und verbindlicher werden. Lernziele sollen detailliert vorgegeben und überprüfbar sein.
 - Am Ende der obligatorischen Schulzeit soll eine Schlussprüfung für alle SchülerInnen stattfinden.
-

5. Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen

Begriffserklärung:

Integrative Schulung. SchülerInnen mit Lernschwächen, sozialen Probleme, Entwicklungsrückständen, Verhaltensauffälligkeiten, körperlichen und geistigen Behinderungen verbleiben in der Regelklasse und werden durch einen ausgebildeten Förderlehrer unterstützt.

Separative Schulung. SchülerInnen, welche in einer normalen Klasse nicht tragbar sind, werden in einer speziellen Kleinklasse unterrichtet.

Integrative wie auch separative Schulung haben ihre Vor- und ihre Nachteile, die sorgfältig gegeneinander abgewogen werden müssen. Grundsätzlich ist die Integrative Schulung vorzuziehen, doch gibt es Kinder, die in einer Kleinklasse besser aufgehoben sind, da sie eine Regelklasse unverhältnismässig belasten würden.

Falsch verstandene Chancengerechtigkeit

Chancengerechtigkeit wird heute damit zu erreichen versucht, dass man mit Fördermassnahmen alle Kinder auf den gleichen Stand bringen möchte. Heute fliessen rund 98% der Fördermittel an schwache Kinder, maximal 2% an die Förderung von Begabten. Unter Chancengerechtigkeit verstehen wir, dass jedes Kind möglichst gleich viel Förderung, die gleiche Aufmerksamkeit, die gleichen Chancen und Möglichkeiten der Unterstützung erhält. Auch wenn schwächere Schüler und Schülerinnen immer mehr Aufmerksamkeit und Förderung benötigen werden, so ist doch eine bessere Verteilung der Mittel auf alle Schülerinnen und Schüler anzustreben

Begabungsförderung

Leistungsstarken SchülerInnen muss stärkere Beachtung geschenkt werden, zum Beispiel mit der Schaffung von Freifachangeboten und der individuellen Förderung innerhalb des Unterrichts.

Der Zugang zum Gymnasium soll wieder strenger werden. Der Anteil von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten mit mässigen Schulleistungen ist in den letzten Jahren zu sehr angewachsen, so dass das Niveau des Gymnasiums gefährdet ist.

Unser Standpunkt zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen

- Chancengerechtigkeit bedeutet nicht, jedes Kind gleich klug zu «machen», sondern die vorhandenen Mittel möglichst gleichmässig allen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen zu lassen.
 - Ziel von Fördermassnahmen ist immer die Integration des Kindes in die Regelklasse. Eine integrative Schulung ist deshalb der separativen vorzuziehen.
 - Die Kleinklassen sind beizubehalten für Kinder, bei denen eine integrative Schulung nicht möglich ist.
 - Die heute betriebenen Massnahmen zur Förderung schwacher Schülerinnen und Schüler sind zu reduzieren, die Angebote für starke Schüler und Schülerinnen sind auszubauen. Der Förderung begabter Schülerinnen und Schüler ist auf allen Ebenen mehr Beachtung zu schenken.
 - Der Zugang zum Gymnasium soll wieder strenger gehandhabt werden.
-

6. Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler

Zunahme der fremdsprachigen Kinder

Von fremdsprachigen Kindern sprechen wir, wenn ein Kind zu Hause mehrheitlich eine andere Sprache als die örtliche Landessprache spricht. Immer mehr Immigranten stammen aus Ländern ausserhalb der EU/EFTA, was eine wachsende Pluralisierung der Sprachen und des kulturellen Hintergrundes der zu integrierenden Kinder zur Folge hat. Die Schweiz ist in dieser Hinsicht im Besonderen herausgefordert, wie ein Ländervergleich zeigt: Im Jahr 2001 lag der durchschnittliche Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund gemäss OECD in der Schweiz bei 19%, in Deutschland bei 14%, in Frankreich bei 12%, in Kanada bei 13% und in Finnland bei nur 1%. Der Kanton Zürich integriert in seiner Volksschule aktuell 25,5% Kinder mit ausländischem Pass eines nicht-deutschsprachigen Landes, im Kindergarten sind es gar 35,35%. Das Bundesamt für Statistik geht in seinen Bevölkerungsszenarien davon aus, dass der Anteil Kinder mit ausländischem Pass in den nächsten Jahren nochmals markant ansteigt.

Gemäss Feinauswertung der PISA-Studie lassen sich in eine Regelklasse 30% fremdsprachige SchülerInnen ohne feststellbaren Leistungsabfall der Klasse integrieren. Eine grosse Zahl der Schulklassen im Kanton Zürich werden in den nächsten Jahren diese kritische Marke überschreiten.

Grosser Handlungsbedarf

Ohne tief greifende Massnahmen ist die Qualität unseres Schulsystems daher gefährdet, eine Verstärkung der sozialen Spaltung der Gesellschaft (Wegzug Schweizer Familien aus Quartieren mit hohem Ausländeranteil) ist absehbar. Hinzu kommt die Tatsache, dass rund die Hälfte bis zwei Drittel aller sonderpädagogischen Massnahmen von Ausländerkindern beansprucht wird. Dies legt nahe, dass das Problem der steigenden sonderpädagogischen Kosten auch ein Sprachproblem ist.

Es besteht daher grosser Handlungsbedarf. Noch sind keine wirklichen Lösungen bekannt, bestehende Programme vermögen das Problem zwar zu entschärfen, nicht jedoch zu lösen. In dieser Situation müssen Versuche mit verschiedensten Ansätzen durchgeführt werden, um möglichst schnell zu brauchbaren Konzepten zu gelangen. Auch die Einteilung in reine Fremdsprachigenklassen mit Unterrichtsschwerpunkt Deutsch ist zu erproben.

Ausländerkinder der zweiten Generation

Bei Ausländerkindern der zweiten Generation ist ein überdurchschnittlich hoher Leistungswille festzustellen. Ob dieses Potential zum Tragen kommt, hängt in grossem Masse von der Beherrschung der Sprache ab. Fremdsprachige Kinder sind bereits ab dem ersten Kindergartenjahr in der deutschen Standardsprache zu unterrichten. Der Unterricht soll von gut ausgebildeten Personen und zielorientiert erteilt werden, nicht nur auf der spielerischen Ebene. Zusätzliche Hochdeutschsequenzen im Kindergarten können das Erlernen der deutschen Sprache unterstützen. Die Mundart als unsere Umgangssprache und als unser Kulturgut muss jedoch weiterhin als wichtigste Sprache im Kindergarten gepflegt werden.

Verantwortung für den Integrationsprozess

Es ist zu prüfen, ob den Eltern oder unter Umständen auch dem Arbeitgeber, der ausländische Arbeitnehmer einstellt, ein Teil der Integrationskosten übertragen werden soll, im Sinne des Verursacherprinzips. Es ist hier auch eine Art

«Immigrationsvereinbarung» denkbar, die mit der Erteilung einer Arbeits- und Niederlassungsbewilligung die Verpflichtung verbindet, sich finanziell, mit dem Besuch von Kursen oder aktiver Unterstützung am Integrationsprozess der Kinder zu beteiligen.

Teilnahme an schulischen Veranstaltungen

Staatliche Schulen sind unser hauptsächliches Integrationsinstrument und sie schaffen Chancengerechtigkeit. Gleiche Rechte bedeuten aber auch gleiche Pflichten für alle, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, Sprache, Kultur, sozialen Schicht und ihrem Geschlecht. Aus diesem Grunde sollen ausländische Kinder zur Teilnahme an allen schulischen Veranstaltungen verpflichtet werden. Soweit der Aufwand vertretbar ist, kann dem Kind in seinem religiösen Bedürfnis entgegengekommen werden, indem zum Beispiel für den Schwimmunterricht Ganzkörperanzüge zugelassen werden.

Erlangen der Berufsfähigkeit

Die Sekundarstufe C wird überwiegend von fremdsprachigen Jugendlichen besucht. Im Vordergrund der Sekundarstufe C muss die Befähigung zum Erlernen eines einfachen Berufes stehen. Der Schwerpunkt muss auf dieser Stufe auf die Beherrschung der Deutschen Sprache (mündlich und schriftlich), die Förderung von Selbst- und Sozialkompetenz und auf handwerkliche Fertigkeiten gelegt werden.

Unser Standpunkt zu fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern

- Es sind Versuche mit verschiedensten Ansätzen zuzulassen, um zu brauchbaren Konzepten im Umgang mit dem hohen Fremdsprachigenanteil zu gelangen.
- Das Verbot, nicht Deutsch sprechende Erstklässler einer Einschulungsklasse zuzuweisen, ist aufzuheben. In sonst bereits stark belasteten Klassen ist dies weder für das Kind noch für die Klasse eine brauchbare Lösung.
- Fremdsprachige Kinder sind bereits ab dem ersten Kindergartenjahr in der deutschen Standardsprache zu unterrichten.
- Die Eltern fremdsprachiger Kinder müssen bereits im Kindergarten in den Integrationsprozess eingebunden werden.
- «Immigrationsvereinbarungen»: Es ist zu prüfen, ob die Eltern und eventuell auch Arbeitgeber in die Verantwortung für den Integrationsprozess der Kinder eingebunden werden können.
- Schülerinnen und Schüler aller Religionen und Kulturen sind zur Teilnahme am Unterricht zu verpflichten. Dies gilt auch für Turn- und Schwimmunterricht sowie Klassenausflüge und -lager.
- Religiöse Symbole und Traditionen, die den Unterricht nicht behindern, wie zum Beispiel das Tragen eines Kopftuches, sind den Schülerinnen und Schülern zu erlauben.
- An Stelle des vormaligen Unterrichts in Biblischer Geschichte an der Primarschule soll ein Unterricht in Religion und Kultur treten, der die Grundlagen der verschiedenen Religionen und Kulturen vermittelt, angefangen mit unserer christlich-abendländischen Kultur. Er soll auch die hier geltenden ethischen Überzeugungen und Verhaltensregeln behandeln.
- Die Sekundarklasse C soll einen auf diesen Schülertyp zugeschnittenen Lehrplan erhalten mit Schwerpunkten in deutscher Sprache, handwerklichen Fertigkeiten und Sozialkompetenzen.

7. Sicherung der Schulqualität

Methodenfreiheit

Wir stehen hinter der Methodenfreiheit für Lehrpersonen. Gute Schulqualität lässt sich nicht mit verordneten Methoden erreichen. Dazu braucht es die bestmögliche Ausbildung der Lehrpersonen, die Übertragung von Verantwortung und das ständige positiv-konstruktive Feedback. Wo viel Freiheit gewährt wird, braucht es aber auch angepasste Kontrolle, um einen allgemeinen Standard zu gewährleisten: Die Qualitätssicherung.

Qualitätssicherung bedeutet immer auch, dass Leistungen gemessen und verglichen werden. Dies ist in der Schule besonders schwierig, da auch zahlreiche nicht direkt messbare Fähigkeiten gefördert und geschult werden, wie zum Beispiel soziale Kompetenzen oder kreative Kraft.

Gemessen werden kann nur das «nackte» Wissen. Trotzdem gehört auch dieses Wissen zu den schulischen Anforderungen und muss zur Wahrung der Qualität geprüft werden, allerdings im Sinne der Überprüfung von Mindeststandards (Tests) und im Wissen darum, dass diese nur einen Teil der schulischen Leistung umfasst.

Qualitätssicherung der Schulen

Die Mitglieder der Schulpflege stammen aus ganz verschiedenen Berufen und bringen so frischen Wind, eine neue Sicht und Know-how aus den verschiedensten Bereichen in die Schule ein. Schulpflegemitglieder sollen weiterhin die Lehrpersonen besuchen, um den Kontakt zum Schulbetrieb zu erhalten und ihre Erfahrungen und Beobachtungen als Laien sollen auch weiterhin in das Beurteilungsverfahren einfließen. Fachpersonen sollen jedoch die Beurteilung ergänzen und die Lehrerinnen und Lehrer aus fachlicher Sicht beurteilen. Wir sehen daher ein Team, das aus ein oder zwei Schulpflegemitgliedern und einer Fachperson besteht.

Rückmeldungen von Eltern, Schülern und Schülerinnen, abnehmenden Lehrpersonen und weiteren Schulbeteiligten sind in den Qualitätssicherungsprozess der Schulen mit einzubeziehen (360-Grad-Beurteilung).

Keine freie Schulwahl

Die freie Schulwahl und damit den Wettbewerb unter den Schulen lehnen wir ab. Die freie Schulwahl führt zu aufwändigen Selbstdarstellungsaktionen der einzelnen Schule, die mit Schulqualität oft wenig zu tun haben.

Unser Standpunkt zur Sicherung der Schulqualität

- Wir stehen hinter der Methodenfreiheit der Lehrpersonen.
- Wir befürworten die Festlegung und Überprüfung von Mindeststandards für die einzelnen Fächer und Stufen.
- Die Laienaufsicht an unseren Schulen, die Schulpflege, soll beibehalten werden. Die Arbeitsbelastung ist jedoch zu reduzieren und für die Beurteilung von Lehrpersonen sind Fachpersonen beizuziehen.
- Zur Qualitätssicherung sind Feedbacks von Eltern, SchülerInnen und auch von den abnehmenden Schulen oder Lehrbetrieben regelmässig einzuholen.
- Wir stehen hinter dem heutigen Konzept der öffentlichen Schulen. Eine freie Schulwahl lehnen wir ab.

8. Aufgaben der Schule

Zurück zu den Kernaufgaben

Der Schule werden immer mehr Aufgaben übertragen, welche sie nicht mehr zu bewältigen vermag ohne Abstriche bei den Kernaufgaben. Der Auftrag der Schule und der Berufsauftrag der Lehrpersonen muss deshalb neu geklärt und ausformuliert werden. Die Aufgabenteilung zwischen Schule und Elternhaus muss geklärt und durchgesetzt werden. Die Kernaufgaben müssen in der Schule wieder grösseres Gewicht erhalten. Lehrpersonen sind von Nebenämtern und zahlreichen Zusatzaufgaben zu entlasten.

Lehrpersonen brauchen neben dem Unterricht Vor- und Nachbearbeitungszeit, um guten Unterricht vorzubereiten und Arbeiten zu korrigieren. Nur dadurch findet hochwertiger Unterricht statt.

Schulentwicklung

Es sind in der Schulentwicklung Prioritäten zu setzen und klare Ziele zu definieren, an denen sich Eltern und Lehrpersonen orientieren können.

Tagesstrukturen

Die Schule und der Staat sollen in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe anbieten, indem sie Eltern und weitere Fachpersonen darin unterstützen, Betreuungsangebote einzurichten.

Unser Standpunkt zu den Aufgaben der Schule

- Der Auftrag der Schule und der Berufsauftrag der Lehrpersonen sind klar zu definieren. Ebenso die Erwartungen an die Eltern.
 - Eltern müssen stärker in die Verantwortung eingebunden werden, wenn Kinder Probleme bereiten und auch bei der Lehrstellensuche. Die Schule muss den Mut haben zu sagen: Die Eltern müssen mithelfen.
 - Lehrpersonen sind von Nebenämtern und weiteren Zusatzaufgaben zu entlasten. Ausserschulische Probleme müssen aus dem Klassenzimmer an die zuständigen Personen delegiert werden. Die neu eingeführten Stellen des Schulsozialarbeiters und des Schulleiters sollen hier eine spürbare Entlastung bringen.
 - Tagesstrukturen sollen in erster Linie als Hilfe zur Selbsthilfe gefördert werden. Für die Betreuung sind neben Fachpersonen auch erfahrene Väter und Mütter zuzulassen.
-

9. Finanzierung

Verantwortungsvoller Umgang mit knappen Mitteln

Es soll klar gesagt werden, wo gespart werden kann, auch wenn dies unpopulär ist. Mit unseren Positionen wollen wir in der Schule notwendige Verbesserungen erreichen und die Mittel dafür an anderen Orten einsparen, sodass die Umsetzung kostenneutral erfolgen kann.

Sparmassnahmen

Die vergangenen Jahre waren gekennzeichnet von Sparmassnahmen. Dabei wurde gespart bei den Leistungen, die allen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen: Die Handarbeit wurde reduziert, die Klassen vergrössert, die Biblische Geschichte und der Hauswirtschaftsunterricht an den Mittelschulen ganz gestrichen. Im gleichen Zeitraum wurden die Mittel für Betreuungsangebote und sonderpädagogische Massnahmen ausgebaut und zwar um ein Vielfaches der durch die Sparmassnahmen eingesparten Mittel. Wir verlassen damit immer mehr das Prinzip der Chancengerechtigkeit, indem wir der Allgemeinheit der Schülerinnen und Schüler Mittel entziehen und für Einzelne immer mehr einsetzen.

Unser Standpunkt zur Finanzierung

- Bei der Bildung, unserem wichtigsten Gut, darf nicht in den Kernbereichen gespart werden. Gestoppt werden muss aber der massive Ausgabenzuwachs der letzten Jahre. Ziel ist die Entwicklung der Schule mit den bestehenden Mitteln.
 - Die Schule muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können und ihre Mittel dort einsetzen. Die massiv ausgebaute Administration in der kantonalen Schulverwaltung muss reduziert werden, diese Mittel müssen in die Kernaufgaben der Schule gelenkt werden.
 - Die erfolgten Sparmassnahmen bei den Regelklassen sind rückgängig zu machen.
 - Durch die vorgeschlagenen Massnahmen (insbesondere Kapitel 1,4 und 5) können die sonderpädagogischen Massnahmen massiv reduziert werden. Die entsprechenden Mittel sind in kleinere Klassen in Kindergarten und Unterstufe, in die Unterstützung durch Fachpersonen, in die Förderung von Begabten und die frühe Sprachförderung für Fremdsprachige zu leiten. In diesem Sinne kann eine klare Qualitätsverbesserung auf Volksschulstufe ohne Mehrkosten erreicht werden.
 - Ausserschulische Betreuungsangebote sollen nicht primär durch die Schule ausgebaut werden. Gefördert und unterstützt werden sollen private Initiativen und die Betreuung innerhalb der Familie.
 - Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen müssen auf ihren Bezug zum Schulalltag hin überprüft werden.
-

10. Nachobligatorische Bildung und Hochschulbildung

Berufswahl

Zur Verbesserung der Situation bei der Lehrstellensuche braucht es nicht mehr Betreuung und Begleitung der Jugendlichen von Seiten der Schule (siehe dazu auch 4.). Der Aufwand, der heute bereits betrieben wird von Lehrkräften, Berufsberatungen und den Betreibern verschiedener Zwischenlösungen ist enorm. Die Lehrpersonen sollen sich eher wieder abgrenzen und den Eltern ihre Verantwortung zurückdelegieren.

Massnahmen sehen wir zum Beispiel in der Schaffung von Lehrstellenverbünden, damit mehrere spezialisierte Kleinbetriebe zusammen Lehrstellen anbieten können, damit die notwendige Vielfaltigkeit der Ausbildung gewährleistet ist. Ein Lehrling verbringt in diesem Verbund zum Beispiel je ein Lehrjahr in einem anderen Betrieb und lernt so alle Teilbereiche seines Berufes kennen. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen wird bereits darauf geachtet, ob ein Betrieb Lehrlinge ausbildet.

Eine weitere Möglichkeit besteht in einem System der Quersubventionierung, indem Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden einen Beitrag in einen Fonds zahlen, der denjenigen Betrieben zugute kommt, die Lehrlinge ausbilden. Eine solche Lösung muss nicht zwingend staatlich, sondern kann auch durch die Berufsverbände organisiert sein.

Dazu müssen auf dem Berufsbildungsweg wieder Angebote geschaffen werden, zum Beispiel im Sinne einer Anlehre, die auch für schwächere Schülerinnen und Schüler eine Berufsausbildung ermöglichen.

Eine bessere Unterstützung braucht es für Maturandinnen, Maturanden und andere Uni-Einsteiger in Bezug auf die Berufs- und Studienwahl, um die Zahl der Studienabbrüche zu reduzieren. Hier fehlt die Unterstützung noch weitgehend.

Qualitätssicherung im Lehrbereich der Hochschulen

Universitäten und ETHs waren schon immer - und sind es mit der Bologna Reform deutlich stärker - der internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Die künftigen Dozierenden werden vermehrt nach ihrer wissenschaftlichen Kompetenz, ihrem allfälligen diesbezüglichen Zukunfts-Potential ausgewählt werden (Publikationen, Zitationen, wissenschaftliche Ehrungen, Preise, Mitgliedschaft in renommierten Gremien und Gesellschaften). Obwohl die ausgewiesene Fachkompetenz weiterhin wichtigstes Auswahlkriterium bleiben soll, sind für eine hohe Qualität der universitären Ausbildung die Lehrbefähigung, die Führungsqualitäten und sozialen Kompetenzen der Dozenten stärker zu gewichten und mittels Weiterbildung zu fördern.

Im Gegensatz zur Volksschule kann Studierenden an Hochschulen zugetraut werden, ein Urteil über die didaktischen Kompetenzen eines Lehrenden abzugeben. Das Urteil soll nicht direkt lohnwirksam angewandt, sondern im Rahmen einer Gesamtbeurteilung als Indikator beigezogen werden.

Damit die qualitätssichernden Instrumente auch greifen, brauchen Hochschulen eine starke Führung. Die in diesem Bereich immer noch übliche Professorenwahl mit automatischer Verlängerung ist durch eine normale Anstellung zu ersetzen.

Durchlässigkeit

Die Bindung an einen einmal eingeschlagenen Ausbildungsweg ist heute zu starr. Die universitären Hochschulen müssen auch für Berufsschul- und Fachhochschulabsolventen geöffnet werden. Die Durchlässigkeit muss massgeblich verbessert werden. Der Umstieg zwischen Mittelschule und Berufslehre, und auch jener zwischen Fachhochschule und Universität soll in beide Richtungen möglich sein. Zur Qualitätssicherung sind, neben anerkannten Abschlüssen, Aufnahmeprüfungen oder ein Assessmentjahr notwendig.

Fachhochschulen und Universitäten

Nebst den universitären Hochschulen haben sich die Fachhochschulen innert relativ kurzer Zeit als zweiter erfolgreicher Pfeiler der Hochschullandschaft neben den universitären Hochschulen etabliert. Eine - wenn nicht die stärkste - Veränderung in der schweizerischen Bildungslandschaft der letzten Jahre.

Wir sind der Meinung dass

- sowohl Universitäten wie auch Fachhochschulen Bachelor- und Masterstudiengänge anbieten können, wenn sie in diesem Bereich die notwendigen Kompetenzen aufweisen. Doktorate sollen den Universitäten vorbehalten bleiben.

- Denkbar ist ein Zusammengehen von Fachhochschulen und Universitäten für einzelne Studiengänge.
- Universitäten wie auch Fachhochschulen die notwendige Autonomie zuzugestehen ist, damit sie sich im Markt ihren Stärken entsprechend positionieren können.
- der Staat weiterhin die Aufgabe hat, Grundlagenforschung und angewandte Forschung zu unterstützen, die frei ist vom Anspruch der späteren wirtschaftlichen Verwertbarkeit der Ergebnisse. Ebenfalls in die Verantwortung des Staates fällt der Erhalt der Sozial- und Geisteswissenschaften.

Finanzierung des Studiums

Es muss besser sichergestellt werden, dass auch Jugendliche aus sozial schwächeren Familien ein Studium absolvieren können. Neben den traditionellen Stipendien sind vermehrt auch zinslose Darlehen denkbar, die nach Abschluss des Studiums zurückbezahlt werden. So kann mit den vorhandenen Mitteln eine breitere Unterstützung ermöglicht werden.

Insbesondere für Langzeitstudierende unterstützen wir eine Erhöhung der Studiengebühren, um Anreize für eine kurze Studiendauer zu setzen.

Aufwertung der Berufslehre durch den Fachhochschulzugang

Konnten Lehrlinge jahrzehntelang nur im technischen Bereich, via "Technikum" zu einer an ihre bisherige Ausbildung anschließende höheren Bildung gelangen, so wird heute dieser Weg in allen Sparten geöffnet. Wir begrüßen diese Öffnung, die eine Aufwertung des Bildungsweges über die Berufslehre bedeutet. Die Zulassung zur tertiären Stufe muss jedoch geregelt werden, um einen hohen Standard zu gewährleisten (s. oben Durchlässigkeit).

Weiterbildung

Die Komplexitätszunahme in der Arbeitswelt und die zunehmende Alterung der Bevölkerung erhöhen den Druck zum lebenslangen Lernen. Dem Bereich der Weiterbildung ist ein hoher Stellenwert einzuräumen. Die Grünliberalen werden sich zu einem späteren Zeitpunkt intensiver mit diesem Thema befassen.

Unser Standpunkt zur nachobligatorischen Bildung und zur Hochschulbildung

- Zur Verbesserung der Lehrstellensituation sind Lehrstellenverbünde von Firmen und wo möglich weitere Anreize für mehr Lehrstellen zu schaffen. Die Möglichkeiten für verbindliche nichtstaatliche Lehrstellenfonds sind zu prüfen, in denen Firmen, die keine Lehrlinge ausbilden, Ausgleichszahlungen leisten.
- Es sind Möglichkeiten für die berufliche Ausbildung von schulisch schwächeren Jugendlichen zu schaffen
- Eine Intensivierung der Berufswahlunterstützung ist für Maturanden und andere zukünftige Uni-Studierende anzustreben.
- Die Durchlässigkeit muss erhöht werden, insbesondere zwischen Mittelschule und Berufslehre und zwischen Fachhochschule und Universität.
- Universitäten wie auch Fachhochschulen die notwendige Autonomie zuzugestehen ist, damit sie sich im Markt ihren Stärken entsprechend positionieren können.
- Der Staat hat weiterhin die Aufgabe, Grundlagenforschung und angewandte Forschung zu fördern, die frei ist vom Anspruch der späteren wirtschaftlichen Verwertbarkeit der Ergebnisse. Ebenfalls in die Verantwortung des Staates fällt der Erhalt der Sozial- und Geisteswissenschaften.
- Für Langzeitstudierende sind die Studiengebühren zu erhöhen.
- Zur Finanzierung des Studiums soll zusätzlich die Möglichkeit von zinslosen staatlichen Darlehen geschaffen werden.
- An den Hochschulen ist das systematische Feedback der Studierenden und der Assistenten in die Beurteilung der Dozierenden einzubeziehen.
- Bei der Auswahl von Professoren sind neben den fachlichen Kompetenzen die Lehrbefähigung, Führungsqualitäten und soziale Kompetenzen stärker zu gewichten.
- Es ist ein Qualitätssicherungssystem zur Aus- und Weiterbildung von Lehrenden zu schaffen.
- Die Wahl von Professoren mit automatischer Verlängerung ist durch eine Anstellung zu ersetzen.